

SPD demokratischer pressediens

P/XXV/199

21. Oktober 1970

3:1 für Regierung Brandt/Scheel

Ein Vergleich zum ersten Jahr der Adenauer-
Regierung 1961/62

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Wohngebiete müssen menschlicher werden

Ergebnisse des internationalen Städtebau-
Kongresses

Seite 3 und 4 / 56 Zeilen

Das innenpolitische Klima 1970

Ein Sachwort zu den Emotionen des CDU-
Generalsekretärs

Seite 5 / 47 Zeilen

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Status von Berlin

Von Klaus Schütz
Regierender Bürgermeister von Berlin
Anhang/Seite 5 und 6 (2. Fortsetzung)

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8159
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telex: 885 846/888 847/
888 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

3:1 für Regierung Brandt/Scheel

Ein Vergleich zum ersten Jahr der Adenauer-Regierung 1961/62

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Hört man die Spitzenpolitiker der CDU/CSU, heißen sie nun Barzel, Kiesinger oder Strauß, so scheinen wir eine "handlungsunfähige", "untätige", "ein großes Erbe verwirtschaftende" Bundesregierung zu haben. Jeder, der ein bißchen nachdenkt, weiß natürlich, daß dies nicht so ist, und die CDU/CSU vergißt nur zu gern, wie es seinerzeit zu ihrer Zeit gewesen ist. Um es klar zu sagen: Die gegenwärtige Regierung hat im ersten Jahr einer Legislaturperiode mehr geleistet als irgendeine vor ihr.

Keine Sorge: Wir wollen fair sein und nicht etwa das erste Jahr der vorigen Legislaturperiode, das Jahr der Erhard-Agonie, zum Vergleich heranziehen, das Jahr, in dem der Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel, nach den Leistungen jener Regierung befragt, mit erhobener Stimme - wie um auf das Ungeheuerliche dieses Vorganges aufmerksam zu machen - die Antwort gab: "Wir haben den Haushalt verabschiedet." Vom Haushaltssicherungsgesetz zur Einsammlung leichtfertig gegebener CDU/CSU-Wahlgeschenke sprach er nicht so gern. Wir wollen fair sein und als Vergleich das erste Jahr der Vierten Legislaturperiode heranziehen, ein Jahr der guten alten Zeit, als für die CDU/CSU die Welt noch in Ordnung war und Konrad Adenauer die Regierung führte.

In jenem Jahr 1961/62 verabschiedete der Deutsche Bundestag 34 Gesetze. Die angeblich "handlungsunfähige", "zerbröckelnde", "verwirtschaftende" sozialliberale Koalition brachte es auf 68 - exakt das Doppelte.

Man könnte einwenden, das sei eine Milchmädchenrechnung, denn in diese Zahlen gingen auch jene Gesetze ein, die sozusagen automatisch beschlossen werden - Selbstgänger, wie man im Fachjargon sagt -, und sie enthielten auch solche Gesetze, deren reale Be-

deutung geringfügig ist. Aber sieht man sich die beschlossenen Gesetze im einzelnen an, so wird die Relation noch schlechter.

Der Leser sei um Verzeihung gebeten für die Zahl der nun folgenden Gesetzestitel: Sie sollten dokumentieren, daß in der Statistik nicht gemogelt, frisiert oder Äpfel mit Birnen verglichen werden.

1961/62 wurden - um jetzt einmal zu den wichtigeren Gesetzen zu kommen - geändert das Selbstverwaltungsgesetz, Wehrpflichtgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Soldatengesetz, Wehrsoldgesetz und das Handwerkerversicherungsgesetz. Neu geschaffen wurden das Düngemittelgesetz und ein Gesetz zur Einschränkung der Bautätigkeit.

Im vergangenen Jahr wurden allein vier Gesetze zur Kriegsopferversorgung verabschiedet, darunter die so wichtige Dynamisierung der Kriegsopferrenten. Zwei Gesetze befaßten sich mit der Vermögensbildung, was zur Folge hatte, daß sich die Zahl derer, die diese Vergünstigungen in Anspruch nehmen, fast verdreifacht hat. Es folgen die Reform des Demonstrationsrechtes und die Herabsetzung des Wahlalters. Zu nennen sind ferner zwei Gesetze über den Aufwertungsausgleich für die Landwirtschaft und die Rettung der Mietpreisbindung in Berlin, Hamburg und München, um wenigstens diese Städte - die einzigen, die für es noch möglich war - vor den Folgen der übereilten Lücke-Gesetzgebung zu schützen, unter der im übrigen Bundesgebiet heute die Mieter zu leiden haben. Der Wegfall des Rentnerkrankenversicherungsbeitrages hat ebenfalls eine Dimension, die jedes der für 1961/62 gemachten Gesetze überschreiten dürfte.

Es blieben dann noch 17 weitere Gesetze zu nennen, die etwa der Größenordnung der für 1961/62 genannten entsprechen. Um nicht zu sehr langweilen, sollen nur beispielhaft genannt werden die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsförderung, die Neufassung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, die Aufhebung des Freistellungsgesetzes, undsoweiter undsofort. Insgesamt also 30 Gesetze von Relevanz, dreimal soviel als zu Adenauers "goldenen Zeiten".

Ein Vergleich zwischen der Adenauer-Regierung 1961/62 und der Regierung Brandt/Scheel fällt für das erste Jahr einer Legislaturperiode haushoch für die sozialliberale Koalition aus. Und wenn die Opposition von "Untätigkeit", "Unfähigkeit" und ähnlichem spricht, so gibt es dafür nur zwei Erklärungen. Entweder hat sie versäumt, in ihren Akten nachzusehen - dies wäre leichtfertig, oder sie redet wider besseres Wissen - das wäre böswillig.

Nach der vorstehenden Gedächtnishilfe werden die Politiker der CDU/CSU künftig die erstgenannte Entschuldigung nicht mehr zu ihren Gunsten geltend machen können. + - +

Wohngebiete müssen menschlicher werden

Ergebnisse des internationalen Städtebau-Kongresses

Gerade unter dem Gesichtspunkt der Demokratisierung der Planungsprozesse muß sich die Frau stärker für städtebauliche Fragen einsetzen, sonst wäre in diesem Bereich eine demokratische, bürgernahe Planung von vornherein zum Scheitern verurteilt. Diese realistische Erkenntnis bildete den Hintergrund des internationalen Kongresses, den Bundesminister Dr. Lauritz Lauritzen nach Bonn einberufen hatte und an dem Referenten aus den USA, der Sowjetunion, Italien, Jugoslawien, Schweden, der Schweiz, Tunesien und der Bundesrepublik teilnahmen, die sich ziemlich gleichmäßig auf beide Geschlechter verteilten. Sie sollten ihre Ansichten zum Kongreßthema mitteilen, auf die städtebaulichen Lösungsversuche in ihrem Lande hinweisen, Anregungen geben und sie für ihre weitere Arbeit mitnehmen. Darüber hinaus sollte ganz allgemein die städtebauliche Diskussion und die Mitarbeit der Frauen, die über 50 v.H. unserer Bevölkerung stellen, angeregt werden.

Wohin soll die Planung führen? Gibt es tatsächlich, wie es das Thema des Kongresses voraussetzt, spezielle Belange der Frau im Städtebau, d.h. kann man bestimmte Einrichtungen wie Kindergärten, Vorschulen, Serviceeinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten und sonstige Gemeinschaftseinrichtungen auf Dauer den Frauen zurechnen? Diese Zurechnung setzt jedoch ein bestimmtes Bild der Frau voraus, das sich noch immer an der Küche und den Kindern ausrichtet. Baut dann die Gesellschaft die oben angeführten Einrichtungen, so sind es eigentlich nur "großzügige" Hilfen, die es der Frau erlauben, Teile ihrer Pflichten zu delegieren, um anderen Neigungen nachzugehen.

Richtiger dürfte es jedoch sein, auch darin keine speziell auf die Frau bezogenen Einrichtungen zu sehen. In unserer

künftigen Gesellschaft wird der Anteil nichtberufstätiger Menschen ständig steigen. Längere Ausbildung, früheres Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß, größere Lebenserwartung werden auch immer mehr Männern Freizeit von der Arbeit gewähren, während der Anteil berufstätiger Frauen ständig zunimmt. Gemeinschaftseinrichtungen, die in den Städten gebotene Service und die Unterhaltungs- und Erholungsmöglichkeiten werden daher in Zukunft beiden Geschlechtern zugute kommen, wobei sich die Ansprüche danach beurteilen, ob man berufstätig ist, d.h. seine Zeit überwiegend außerhalb des Wohnbereichs verbringt, oder ob man sich zunehmend im engeren Wohnbereich aufhalten wird.

Unsere Wohnviertel müssen daher ganz allgemein aufgewertet werden, um besser den spezifischen Ansprüchen der Menschen genügen zu können, die in menschlicheren Städten leben wollen und nicht in einseitig strukturierten Schlafstädten. Es gibt daher im Grunde keine besonderen Ansprüche der Frau an den Städtebau, es gibt jedoch heute Fehler im Städtebau, die besonders die Frauen benachteiligen.

Dies zu ändern ist daher eine der wesentlichen Forderungen der Frauen an den Städtebau der Zukunft.

+ + +

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes (2. Fortsetzung)

Klaus Schütz: Der Status von Berlin

Die Zuordnung West-Berlins zur Bundesrepublik hat somit seit 1949 zunehmend Inhalt und Form bekommen, sie ist heute unverzichtbar ein Inhalt des Status von Berlin geworden. Unverzichtbar darum, weil die Zuordnung West-Berlins zum Bund soviel wie die Lebensfähigkeit West-Berlins ist, deren Sicherung und Sicherheit die drei westlichen Besatzungsmächte garantieren.

Berlin hat nach wie vor den besonderen internationalen Status, also das Viermächtestatut für Berlin als Ganzes und eingeordnet in diese Viermächteregehung die Verantwortung jeder Macht für ihren Sektor und somit die Drei-Mächte-Verantwortung für West-Berlin. Unter der Oberhoheit der Schutzmächte und in ihrem Auftrag besteht für West-Berlin die feste Bindung an die Bundesrepublik und die Verantwortung nach außen durch die Bundesregierung.

Damit der Status von Berlin richtig eingeschätzt und beurteilt werden kann, ist es nötig, die Situation in Deutschland und in Europa heute insgesamt einzuschätzen und zu beurteilen. Denn Berlin ist kein Ort, der in sich und für sich allein lebte. Die Lage Berlins war immer und ist - und das wird sich auch nicht ändern - abhängig von der Weltlage insgesamt. Daraus folgt übrigens, daß es für die Probleme, die sich in und um Berlin stellen, Lösungen niemals isoliert geben kann und geben wird.

Die Nachkriegskonflikte zwischen Ost und West schlugen sich am stärksten in Berlin nieder, weil Ost und West in Berlin gleichermaßen anwesend sind und die Stadt in ihren beiden Teilen jeweils dem Osten und dem Westen zugehört. Die stärksten Markierungen dieses Konfliktes waren die Blockade 1948/49 und das Chruschtschow-Ultimatum 1958. Die drei Westmächte widerstanden den Zugriffen auf West-Berlin und erhielten so den West-Berlinern die demokratische Gesellschaftsordnung und einen Lebensstil, der hier behelfsweise westlich genannt sein soll.

Der Bau der Mauer im August 1961 hingegen sollte, wenigstens nicht primär, als Angriff auf West-Berlin verstanden werden. Er war für die DDR, mit Rückendeckung des Warschauer Paktes, das - perfide - Mittel, den Flüchtlingsstrom über West-Berlin nach Westdeutschland zu verhindern. Der Bau der Mauer und die Mauer selbst bleibt das Eingeständnis des Ostens der Unerträglichkeiten und der Schwächen im eigenen Machtbereich, aber der Bau der Mauer muß auch als Eingeständnis gedeutet werden, daß es aussichtslos ist, West-Berlin direkt im Zugriff in die Hand zu bekommen.

Von weit größerer, von größter Bedeutung indes für die Entwicklung auch in diesem Teil der Welt war der Ausgang der Kuba-Krise im Herbst 1962. Seitdem ist, jedenfalls im Vergleich zu der Zeit vorher, so etwas wie Ruhe im geteilten Deutschland und im geteil-

ten Europa eingetreten. Man könnte dies vielleicht die Ruhe des status quo nennen; sie wurde nur möglich, weil die Supermächte ihre Erfahrungen aus der Kuba-Krise verarbeitet haben und immer neu zu verarbeiten versuchen und sie so etwas wie eine Balance zueinander gefunden haben und spätestens seitdem - aber seitdem endgültig - wissen, daß sie einander nicht ausmanövrieren können.

Dies brachte für Berlin mit sich, daß die Aufmerksamkeit nachließ, die zuvor auf die Stadt gerichtet war. Das Thema Berlin trat zurück, Berlin lieferte keine Schlagzeilen mehr. Die Stadt wurde in das status-quo-Denken eingeordnet.

Diese Wandlung von der zweiten Hälfte der vierziger Jahre zur ersten Hälfte der sechziger Jahre, diese Wandlung von Ost-West-Konflikt zum Sich-Niederlassen im oder zum Sich-Abfinden mit dem status quo nahm Berlin weitgehend den Charakter eines Krisenherdes, einen Charakter, den die Berliner niemals sich und ihrer Stadt gewünscht haben.

Was hier behelfsweise als die Ruhe des status quo beschrieben wird oder vielleicht besser als die Beruhigung unter den Bedingungen des status quo zu beschreiben ist, das hat für die Deutschen und für die Berliner objektiv seine Begründungen, und es beruht auf Einsichten. Deutschlands und Berlins politisches Schicksal seit 1945 ist gekennzeichnet durch die Teilung des Landes und der Stadt, die sich kontinuierlich verstärkt und verschärfte. Die Teile sind wirtschaftlich und militärisch und auf vielfache andere Weise jeweils in den Osten und in den Westen eingebunden.

Jede dieser Integrationen steht unter der Obhut einer der beiden Weltmächte. Durch nichts ist wahrscheinlich zu machen, daß Osten oder Westen wechselseitig seinen Teil Deutschlands und Berlins der anderen Seite zu überlassen geneigt ist. Die Chance zur Überwindung der Teilung ist um so geringer, als die Teilung selbst geradezu als ein Eckstein für beide Systeme angesehen werden kann.

Es kommt hinzu, daß es den Deutschen nicht gelungen ist und es wohl nicht gelingen wird, irgendjemanden in Europa und in der Welt wirklich plausibel zu machen, daß an den Grenzen, so wie sie heute da sind - etwas geändert werden soll. Europa lebt mit der Teilung Deutschlands seit einem Vierteljahrhundert ohne Krieg. Die Nachkriegskonflikte in Europa haben weniger Menschen das Leben gekostet als nur ein Tag Krieg, als nur einer der fruchtbaren Tage des Zweiten Weltkrieges. Die Erkenntnis ist, daß niemand unter den Freunden, unter den Partnern eine Revision der Karte Europas oder gar eine Revision der Grenzen in Europa wirklich wünscht.

In Wahrheit haben die Deutschen, aber ganz besonders die Berliner klar erkannt, daß so gut wie nichts dafür spricht, daß die Vereinigung der Teile Deutschlands oder auch Berlins in absehbarer Zeit zustandekommt. Man mag hoffen und man mag wünschen und man mag beten für eine Wiedervereinigung oder andere gar mögen diese Hoffnungen, diese Wünsche und diese Gebete für Zwecke der Innenpolitik parteiegoistisch mißbrauchen wollen, alle wissen aber, wie die Lage wirklich und tatsächlich ist.